



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

### **Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft sichern, Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt entgegenwirken!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag mündlich und schriftlich zu berichten, welche Maßnahmen sie derzeit plant, um kurzfristig den Fachkräftemangel zu mildern und langfristig der Zunahme bereits bestehender Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. In welchen Bereichen sieht die Staatsregierung in den nächsten 10 bis 15 Jahren den größten Fachkräfteengpass und in welchen den größten Fachkräfteüberschuss in Bayern?
2. Mit welchen Beeinträchtigungen muss in den einzelnen Wirtschafts- und Arbeitsbereichen aufgrund von Engpassituationen gerechnet werden?
3. Welche landespolitischen Maßnahmen hält die Staatsregierung für geeignet, um dem zunehmenden Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel einerseits versus strukturelle Arbeitslosigkeit andererseits) zu begegnen?
4. Inwiefern werden unterstützende Maßnahmen zur beruflichen Flexibilität (Quereinsteiger) sowie Aus- und Weiterbildungsinitiativen ressortübergreifend organisiert bzw. aufeinander abgestimmt?
5. Welche Rolle spielen Zuwanderung sowie Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen in der Fachkräftestrategie der Staatsregierung?
6. Welche staatlichen bzw. öffentlichen Strukturen zur Organisation der digitalen und sozial-ökologischen Transformation hat die Staatsregierung seit 2018 aufgebaut? Haben sich diese aus Sicht der Staatsregierung bisher bewährt bzw. wurden diese evaluiert?

### **Begründung:**

Seit Jahren nimmt das Problem des Fachkräftemangels zu. Daran hat auch die Pandemie nichts geändert – im Gegenteil: Laut dem KfW-ifo-Fachkräftebarometer für das 4. Quartal 2021<sup>1</sup> hemmt der Fachkräftemangel die deutsche Wirtschaft in weit größte-

---

<sup>1</sup> [https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-ifo-Fachkr%C3%A4ftebarometer/KfW-ifo-Fachkraeftebarometer\\_2021-11.pdf](https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-ifo-Fachkr%C3%A4ftebarometer/KfW-ifo-Fachkraeftebarometer_2021-11.pdf)

rem Ausmaß als vor der Krise. Angesichts der demografischen Entwicklung, der Digitalisierung und der Dekarbonisierung steht auch der Freistaat vor enormen Herausforderungen. Während in einigen Bereichen aufgrund von veränderten Produktions- und Arbeitsprozessen mit Stellenabbau und Arbeitsplatzverlusten gerechnet werden muss, wird für Teile der Wirtschaft, aber auch im Gesundheitswesen, ein erheblicher Fachkräftemangel prognostiziert. Laut IAB-Forschungsbericht 01/2021 werden in Bayern von „2020 bis 2040 688 Tausend Arbeitsplätze entstehen. Gleichzeitig werden auch 730 Tausend Arbeitsplätze wegfallen.“<sup>2</sup>

Für Teile der Wirtschaft bedeutet dies eine Bedrohung ihrer Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Für viele Menschen in Bayern geht dieser Wandel mit der Sorge um den Arbeitsplatz und ihre wirtschaftliche Existenz einher. Aber auch Versorgungssicherheit in der Pflege oder die Dekarbonisierung des Gebäudesektors können aufgrund von Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen sowie im Baugewerbe und Handwerk beeinträchtigt werden. Laut einer Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) nimmt die Kluft zwischen Fachkräftemangel einerseits und struktureller Arbeitslosigkeit andererseits in Bayern zu. Neben der Fachkräftesicherung gewinnen auch die berufliche Flexibilität an Bedeutung, sie sei aber nicht für alle Bereiche geeignet.<sup>3</sup>

Die Steuerung und Moderation dieses Transformationsprozesses muss eine der Hauptaufgaben der Staatsregierung in den kommenden Jahrzehnten sein.

---

<sup>2</sup> Die langfristigen Folgen von COVID-19, Demografie und Strukturwandel für die Bundesländer

<sup>3</sup> Arbeitslandschaft Bayern: Zunehmenden Ungleichgewichten mit höherer Flexibilität begegnen